

Dokumentation

Kölner Arbeitgebertag
18. November 2015

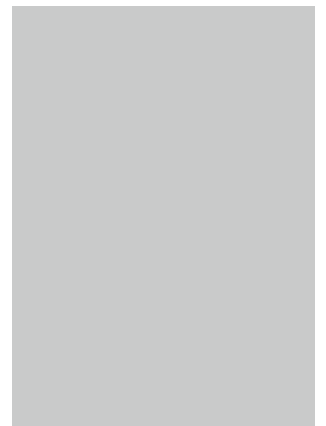


11. Kölner Arbeitgebertag



11. Kölner Arbeitgebertag







Sehr geehrte Damen und Herren,

der 11. Kölner Arbeitgebertag stand unter dem Eindruck der Pariser Terrornacht am 13. November 2015 – ein Attentat, das nicht nur die Menschen von Paris, sondern die freiheitliche und offene Gesellschaft der Europäer zum Ziel hatte. Die großen Fragen Europas, die planmäßig auf der Agenda des Arbeitgebertages standen, gewannen hierdurch noch einmal eine neue Brisanz. Und ein weiterer Punkt ist seitdem stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt – Sicherheit. Denn ohne Sicherheit kann die freiheitlich-demokratische Grundordnung, auf der unsere Gesellschaft fußt, keinen Bestand haben.

Alexander Graf Lambsdorff, MdEP, Vize-Präsident des Europäischen Parlaments, griff in seinem Vortrag mit dem Titel „Griechenland, Flüchtlinge, Brexit – wie kommt Europa aus der Krise?“ unter anderem noch einmal das Thema der europäischen Sicherheitspolitik auf und mahnte eine verbesserte Abstimmung der Sicherheitsbehörden an. Thematisch daran anknüpfend beschäftigte sich Michael Wolffsohn, Prof. em. für Neuere Geschichte an der Universität München, mit den Weltkonflikten der Gegenwart.

Die vorliegende Dokumentation, die eine Auswahl von Zitaten und Bildern enthält, lässt die Veranstaltung noch mal lebendig werden. Bereits heute möchte ich Sie herzlich zu unserem nächsten Arbeitgebertag am 16. November 2016 einladen.

Ihr
Michael Jäger



Eröffnung

Michael Jäger
Vorsitzender
ARBEITGEBER KÖLN



„Wir verurteilen die feigen und hinterhältigen Anschläge in Paris aufs Schärfste. Angegriffen wurden nicht nur die Menschen von Paris, sondern die gesamte freiheitliche und demokratische Gesellschaft – die Art, wie wir leben. Wir dürfen es nicht zulassen, dass Angst und Schrecken uns und unseren Alltag beherrschen. Sonst hätten die Angreifer ein Stück weit gewonnen.“

„Unmittelbar nach den Anschlägen sind warnende Stimmen aus der Politik laut geworden, nicht vorschnell den Bogen in der Debatte zu dem Thema Flüchtlinge zu schlagen. Leider wird diese Bitte alleine nicht ausreichen, um eine solche Debatte zu verhindern. Aber keineswegs darf sie dazu führen, dass die überwiegende Mehrheit der unbescholtenen Asylbewerber unter Generalverdacht gestellt wird.“

„Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einen Kommentar aus der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung von Berthold Kohler zitieren: ‚Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sind längst auch deutsche Ideale. Doch noch ein vierter Wert gehört dazu, ohne den alles andere nichts ist – Sicherheit.‘ Daraus folgt für mich: Wir müssen unsere Sicherheitssysteme der Situation entsprechend stärken, anstatt sie schwächend in Frage zu stellen.“

„Die Deutschen als alternde und schrumpfende Gesellschaft können von der Zuwanderung profitieren. Vor der Dividende steht allerdings eine gewaltige Kraftanstrengung, bei der wir als Gesamtgesellschaft gefragt sind.“

„In diesem Zusammenhang kommt einem chancengerechten Bildungssystem eine eminente Bedeutung zu. Obwohl die Informationen zum Bildungsniveau der Zuwanderer noch lückenhaft sind, deutet vieles darauf hin, dass wir vor allem auf Qualifizierung setzen müssen, um die anerkannten Flüchtlinge erfolgreich in den Arbeitsmarkt und damit in unsere Gesellschaft zu integrieren.“

„Um Beschäftigungschancen gerade für Geringqualifizierte weiter zu verbessern und dem Wandel der Arbeitswelt gerecht zu werden, brauchen wir insbesondere jetzt ein ausreichendes Maß an Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt.“



Grußworte

„Der Standort Köln hat sich in den letzten Jahren gut gehalten. Er hat sich entwickelt und wir gehen alle davon aus, dass er sich weiter entwickeln wird. Insbesondere der Arbeitsmarkt zeigt sich äußerst robust. Die Zahl der Beschäftigten hat erstmals die Marke von über 700.000 überschritten.“

„Sogar in der Industrie wurden neue Arbeitsplätze geschaffen. 2014 wurde erstmals die Marke von 50.000 Industriebeschäftigten in Köln überschritten.“

„In keiner anderen Gebietseinheit in Nordrhein-Westfalen wurde 2014 mehr in die Industrie investiert als hier in Köln und es geht noch weiter. Lanxess will bis 2020 rund 400 Mio. Euro in Wachstumsprojekte investieren. Auch im Chempark Dormagen ist die Investitionstätigkeit ungebrochen. So wird Bayer Crop Science über 80 Mio. Euro in die Erweiterung der Produktion von Pflanzenschutzmitteln investieren. Für 26 Mio. Euro baut der Motorenhersteller DEUTZ am Standort Eil ein neues Wellenzentrum.“

„Es ist auch ein gutes Zeichen, dass der Kölner Ford-Werke Standort die einzige Produktionsstätte für Europas meist verkauften Kleinwagen – den Fiesta – bleibt. Zugleich wird der Standort in der Motorenfertigung und -entwicklung weiter ausgebaut.“

„Diese Zahlen sprechen für die Dynamik des Wirtschaftsstandorts Köln und wir werden alles daran setzen, dass diese Erfolgsgeschichte weitergeht.“

Elfi Scho-Antwerpes
Mitglied des Bundestags
und Bürgermeisterin
der Stadt Köln





**Alexander Graf
Lambsdorff**

Vize-Präsident des
Europäischen Parlaments
und stellvertretender
Vorsitzender der FDP-NRW



Griechenland, Flüchtlinge, Brexit – wie kommt Europa aus der Krise?

„Wer die Flüchtlingsströme mit den Attentaten von Paris vermischt, spielt in Wahrheit dem IS in die Karten. Denn Ziel dieser Terrororganisation ist es, genau diese Feindschaft zwischen den Kulturen zu befördern, damit sich immer mehr junge Muslime von unserer westlichen Demokratie und Kultur abwenden.“

„Angesichts der dramatischen Ereignisse in Paris ist es unmöglich, zur Tagesordnung überzugehen. Bei dem Anschlag stand nicht nur Frankreich im Fadenkreuz, sondern die europäische Wertegemeinschaft als Ganzes. Die Attentate galten der Art und Weise, wie wir Europäer leben.“

„Die objektiven Probleme, die Deutschland durch Zuwanderung hat, sind unbestritten. Die Kapazitäten werden knapp und die ehrenamtlichen Helfer geraten an ihre Grenzen. Ein Großteil der Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen sind durch Flüchtlinge aus dem Balkan belegt. Es gibt nach geltendem Asylrecht aber keinen Grund, aus dem Balkan nach Deutschland zu fliehen. Dass Menschen von dort fliehen, um hier die Plätze der wirklich Gefährdeten zu belegen, ist nicht zweckmäßig. Daher wäre es sinnvoll, zumindest zeitweise eine Visumpflicht für Menschen aus dem Balkan einzuführen.“

„Europa benötigt erheblich verbesserte Abstimmungen bei der Sicherheitspolitik und bei der Fahndung nach Terroristen. Es gibt keinen Mangel an Sicherheitsbehörden, das Problem liegt entscheidend in der unzureichenden Zusammenarbeit dieser Behörden. Denn der Terror hat längst eine europäische Dimension. Die islamistischen Hassprediger unterhalten ihre Kontakte von Deutschland aus in andere europäische Länder. Die Behörden versäumen es ganz eindeutig, Informationen über konkrete Gefährder untereinander auszutauschen. INTCEN, das Geheimdienstzentrum in Brüssel, ist ein zahnloser Tiger. Der Bundesnachrichtendienst teilt nach Brüssel nur mit, was unter „Verschlussache nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft ist. Bei der Bundeswehr war früher schon der Speiseplan in der Kantine „VS-NfD“.

„Eine aktive Außenpolitik wird von vielen Teilen der Bevölkerung skeptisch gesehen – insbesondere wenn es darum geht, diese Außenpolitik militärisch zu begleiten. Doch es kann keine europäische Arbeitsteilung geben nach dem Motto: Frankreich und Großbritannien kümmern sich um die sicherheitspolitischen Herausforderungen, zur Not auch militärisch, und Deutschland nimmt dafür alle Flüchtlinge auf.“

„Zu der Frage, ob Großbritannien in der Europäischen Union bleibt, wird es im nächsten Jahr ein Referendum geben, denn Regierungschef David Cameron steht bei den Bürgern im Wort. Als Liberaler schlagen bei dem Thema Brexit zwei Herzen in meiner Brust. Das liberale Herz sagt, Großbritannien muss auf jeden Fall dabei bleiben.“



Rede

Doch der Europapolitiker denkt: Man, sind die mühsam. Dennoch sollte der Brexit verhindert werden. Eine Europäische Union ohne Großbritannien wäre ärmer.“

„Griechenland liegt derzeit im Auge des Sturms: es ist eines der Haupttransitländer für Flüchtlinge und leidet zugleich unter einer sehr schwachen Verwaltung. Die Regierung Tsipras tut sich schwer damit, ihre in Brüssel gemachten Zusagen in Athen auch umzusetzen. Von den 48 vorzuziehenden Maßnahmen wurden bisher erst 14 umgesetzt.“

„Das Deutschlandbild in der Europäischen Union hat sich im letzten halben Jahr gewandelt. Was aber gleich geblieben ist, ist die Bewunderung für die deutsche Wirtschaft und die funktionierende Sozialpartnerschaft. Die Wettbewerbsfähigkeit wird aber gerade leichtsinnig von der deutschen Regierung in Frage gestellt, unter anderem durch Senkung des Renteneintrittsalters, Einführung eines staatlichen Mindestlohns oder die Diskussion über eine Ausländermaut. Deutschland muss aufpassen, dass es seine Wettbewerbsfähigkeit, Flexibilität und Exportstärke nicht in Gefahr bringt.“

„Deutschland war glaubwürdig, als es von anderen Ländern Reformen gefordert hat. Doch diese Glaubwürdigkeit kann ganz schnell verloren gehen.“

Jacques Laborde
Consul Honoraire de France
à Cologne



„Als französischer Staatsbürger möchte ich mich ganz herzlich für die Solidarität und die Anteilnahme bedanken. Das Ziel des Anschlags war auch ein deutsch-französisches Länderspiel. Und falls die Terroristen beabsichtigten, eine Kluft zwischen Deutschland und Frankreich zu schlagen, kann ich nur sagen, das wird nicht gelingen.“

Interview

„Die Gleichwertigkeit von Ausbildung und Studium wird in der Berliner Politik immer vor sich hergetragen wie eine Monstranz, doch sie muss auch gelebt werden und muss in das Bewusstsein von Lehrern, Eltern und Schülern. Politiker sind ja jahrelang von der OECD getrieben worden, die Studentenzahlen zu erhöhen. Doch unser Ausbildungssystem sorgt dafür, dass wir in Europa die geringste Jugendarbeitslosigkeit haben.“

Hans-Peter Wollseifer
Präsident Zentralverband des
Deutschen Handwerks



Hans-Peter Wollseifer im Gespräch mit Dr. Norbert Lehmann

„Das Handwerk braucht die Jugend. 40 Prozent der Betriebe haben bereits heute Schwierigkeiten bei der Nachbesetzung von offenen Stellen. Die Zahl der Schulabgänger ist von Jahr zu Jahr rückläufig. Gleichzeitig drängen immer mehr Schulabgänger in Richtung Studium. Jetzt gibt es einen kleinen Lichtblick. Insgesamt hat das Handwerk zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen, in Köln sogar vier Prozent.“

„Die Wertschätzung für das Handwerk muss auch gelebt werden. Das Handwerk ist nach wie vor das Rückgrat der Wirtschaft in Deutschland und des Wirtschaftswunders, welches wir nach der Krise erfahren haben.“

„Die Unternehmer in unserem Land erarbeiten tagtäglich Wachstum und Wohlstand und das Bewusstsein für diese Leistung muss gefestigt werden.“

„Das Handwerk plädiert dafür, berufliche Bildung noch attraktiver und durchlässiger zu gestalten. Höhere Bildung soll auch im Beruf stattfinden und nicht nur an den Universitäten und Fachhochschulen.“

„Junge Leute, die eine berufliche Ausbildung durchlaufen und zusätzlich Handlungskompetenz und die akademische Theorie gelernt haben, sind sehr gefragt. Dies zeigt das Beispiel Österreich. Dazu kann auch ein Berufsabitur beitragen, also eine duale berufliche Ausbildung in Kombination mit dem Schulabschluss Abitur.“

„Das Kölner Projekt „Umsteigen“, speziell für Studienaussteiger, birgt großes Potenzial für Handwerksbetriebe. Jeder Mensch hat Talente, die man im breitgefächerten Handwerk fördern kann.“

„Die Flüchtlinge kommen vielfach nicht als Fachkräfte, sondern müssen erst noch qualifiziert werden. Damit die Neuankömmlinge in eine Ausbildung oder einen Beruf gehen können, bedarf es einer intensiven Berufsvorbereitung. Ziel muss es sein, dass die Flüchtlinge mittelfristig in die Sozialsysteme einzahlen und nicht davon leben.“

„Vor jeder Wahl wird es künftig einen Überbietungswettbewerb geben, wie hoch sich der Mindestlohn noch treiben lässt. Den Mindestlohn für Flüchtlinge abzusenken, führt zu einer Bevorzugung dieser Gruppe am Arbeitsmarkt, das ist falsch. Ein Mindestlohn ab 25 Jahre statt ab 18 Jahre wäre allerdings sinnvoll.“



Interview

Dr. Oliver Stettes im Gespräch mit Dr. Norbert Lehmann

„Der Beschäftigungserfolg der vergangenen Dekade in Deutschland hat handfeste Gründe. Dazu hat die Agenda 2010 beigetragen, eine zumindest bis zum Jahr 2007 moderate Tarifentwicklung, die den Betrieben viel Platz zum Atmen gegeben hat, und es gab international eine hohe Nachfrage nach deutschen Produkten. All dies hat dazu beigetragen, dass Deutschland einen beschäftigungspolitischen Erfolg vorweisen kann, um den uns viele andere Länder beneiden.“

„In den Schwellenländern schwächt sich die wirtschaftliche Dynamik ab und das wird Konsequenzen haben bei der Nachfrage nach deutschen Produkten, insbesondere bei den Investitionsgütern. Zudem ist die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in den vergangenen Jahren im Vergleich zu den Konkurrenzländern wieder etwas zurückgegangen.“

„Die Politik hat den Pfad, der für den erfolgreichen Beschäftigungsaufbau mit verantwortlich war, verlassen. Stichworte: Mindestlohn, Rente mit 63 und Zeitarbeit. Und im Koalitionsvertrag sind weitere unselige Punkte erwähnt wie die Familienarbeitszeit oder das Entgelttransparenzgesetz. Diese politischen Initiativen gefährden die Basis für den beschäftigungspolitischen Erfolg.“

Dr. Oliver Stettes

Leiter des Kompetenzfelds
Arbeitsmarkt und Arbeitswelt
im Institut der deutschen
Wirtschaft Köln (IW)





„Für den Entwurf zur Zeitarbeit und Werkverträgen gibt es keinen Handlungsbedarf. Zeitarbeit ist eine völlig legale Beschäftigungsform und in der Regel unbegrenzt und tarifvertraglich geregelt. Die jetzt geplanten Regelungen, die der Gesetzentwurf im Kern vorsieht, Höchstüberlassungsdauer und Equal Pay, beschädigen das Instrument und negieren das Engagement und die Verantwortung der Unternehmen in diesem Bereich. Es steht zu befürchten, dass Zeitarbeit unattraktiver wird, da sie bürokratischer und teurer wird. Die Leidtragenden werden die Beschäftigten sein.“

„Werkverträge gehören zu den elementaren Bestandteilen einer arbeitsteiligen Wirtschaft. Auch hier bedeutet die Umsetzung des Gesetzentwurfs, dass Werkverträge bürokratischer und teurer werden.“

„Ein Mindestlohn ist kein Instrument der Armutsbekämpfung. Vor allem in der Rezession und in einem darauffolgenden Aufschwung wird der Mindestlohn ein Beschäftigungshemmnis. Mit Blick auf die Frage der beschäftigungspolitischen Verwerfungen stehen wir nicht am Ende der Bewegung, sondern ganz am Anfang.“

„Grundsätzlich gilt, je einfacher der Zugang zum Arbeitsmarkt ist, umso leichter werden auch Beschäftigungsperspektiven für Flüchtlinge, Langzeitarbeitslose etc. geschaffen. Der Kenntnisstand über die Qualifikation der Flüchtlinge ist relativ gering. Klar ist, die geringen Sprachkenntnisse sind ein Integrationshemmnis.“

„Die Politik muss dafür Sorge tragen, genau zu registrieren, wer zu uns kommt. Erst dann lassen sich auch Maßnahmen formulieren, wie man Menschen unsere Arbeitswelt, unsere Art zu leben, vermitteln kann. Eine erfolgreiche Integration zahlt sich am Ende des Tages für die Gesellschaft aus.“



Rede

Prof. Dr. Michael
Wolffsohn

Prof. em. für Neuere
Geschichte an der
Universität der Bundeswehr
München



Weltkonflikte der Gegenwart – Frieden durch Föderalismus

„Die Welt ist aus den Fugen!, so das bekannte Zitat aus Hamlet, Theaterstück von William Shakespeare, Ende des ersten Aktes. Das gesamte Stück endet mit den Worten: „Der Rest ist Schweigen.“ Das sagt uns also, dass Urkatastrophen, Kriege, Bürgerkriege, Terror, Mord und Totschlag schon immer Teil der Menschheitsgeschichte sind, mit dem Ergebnis Flucht, Vertreibung und Migration.“

„Seit Ende des 2. Weltkriegs, also seit dem Ende der Kolonialisierung, hat sich in Westeuropa die Revolution der Demographie abgespielt, also eine bevölkerungspolitische Revolution. Seit dem Höhepunkt der Entkolonialisierung 1960 wird Westeuropa immer bunter, immer multikultureller und immer mehr multikonfessionell – und es entstanden auch Parallelgesellschaften.“

„Die Nahostkonflikte, die uns heute beschäftigen, sind vor allem Konflikte der Demographie. Es handelt sich dabei um eine Revolution, die nicht per Knopfdruck ein- und ausgeschaltet werden kann, sondern sich über einen längeren Zeitraum erstreckt. Und das Wesen jeder Revolution ist, dass sie alles von unten nach oben dreht. Die

vorherigen Verhältnisse werden umgekehrt. Und in dieser Situation befinden wir uns seit den 50-er/60-er Jahren. Der nächste große demographische Umbruch geschah dann in den frühen 90-er Jahren mit der Ost-West-Wanderung als Ergebnis des Zusammenbruchs der kommunistischen Staaten und der Balkankriege. Darauf folgte auch ein großer Flüchtlingsstrom. Jetzt erleben wir den dritten großen Flüchtlingschub seit dem Ende des zweiten Weltkriegs.“

„Warum blühen diese Konflikte und Kriege, zwischenstaatliche wie innerstaatliche, auf? Sie resultieren aus der Situation, wenn die historische Urkraft nicht befriedigt, also befriedet wird. Diese historische Urkraft heißt Selbstbestimmung: Individuelle ebenso wie kollektive Selbstbestimmung. Der Wunsch danach kann sehr lange unterdrückt werden, aber irgendwann fliegt der Deckel hoch.“

„Klassenkampf à la Karl Marx ist eine Form der Selbstbestimmung. Aber Selbstbestimmung muss man sehr grundsätzlich verstehen, nämlich als die Möglichkeit, sein Dasein, dem eigenen Wunsch gemäß, im Alltag zu gestalten. Das bezieht sich auf die Sprache, auf die Kultur und das kann sich ebenso auf die Religion beziehen. Daraus ergibt sich aber auch: Wo Selbstbestimmung nicht gewährt wird, sind auch Investitionsentscheidungen von Unternehmen riskant, etwa in Diktaturen.“



„Wir stellen uns Staaten als Einheit vor. Und es wird automatisch angenommen, dieser Staat wäre in seinen Grenzen identisch mit seiner Demographie/Bevölkerung. Doch das ist vielfach eine Fiktion und kein Faktum und insofern immer ein destabilisierender Faktor gewesen.“

„Was ist zu tun, um die nicht vorhandene Deckungsgleichheit von Geographie und Demographie zu erreichen? Wenn der Staat erhalten werden soll, dann muss man den Menschen, denen bisher Selbstbestimmung vorenthalten wurde, diese gewähren. Dann gibt es keine andere Möglichkeit als Föderalismus. Föderalismus meint zunächst einmal Beteiligung. Es gilt, den eigenen Alltag selbst zu bestimmen ohne einen neuen Staat zu gründen.“

„Allerdings meiden viele Politiker diese Lösung, da sie Föderalismus als Spaltpilz verstehen, doch das genaue Gegenteil ist der Fall. Auch Russland als Vielvölkerstaat mit vielen Religionen ist auf lange Sicht nicht vor dieser Entwicklung gefeit. Ohne Selbstbestimmung radikalieren sich die Radikalen noch viel mehr.“

„Die größten Flüchtlingsströme kommen aus dem Irak, Syrien und Afghanistan. In Syrien leben verschiedene Bevölkerungsgruppen, und das gilt auch für den Irak sowie für die meisten ehemaligen Kolonien, und diese wollen nicht unter einem staatlichen Dach leben, weil zusammengeflickt wurde, was nicht zusammen gehörte. In das Kunstprodukt Syrien wurden beispielsweise die Sunniten, die Aleviten/Schiiten, die Kurden und die Christen zusammengepfertcht. Und das gleiche gilt für den Libanon, den Irak und andere arabische Länder. Diese Staaten zerbrechen sukzessive

mit der arabischen Rebellion, da seitdem die Staaten noch schwächer geworden sind.“

„Das Herrschaftsgebiet des sogenannten Islamischen Staates (IS) zwischen Syrien und dem Irak entspricht genau der Bevölkerungsverteilung der Sunniten im Irak und Syrien. Das erklärt auch die Unterstützung der lokalen sunnitischen Bevölkerung. Damit ist also das Scheitern und die Destabilisierung der Staatsgebiete Syrien und Irak vorprogrammiert. Der IS ist der tragische, terroristische, mörderische Versuch einer Bevölkerungsgruppe, ihre Selbstbestimmung zu erreichen. Der Rest der Armee von Saddam Hussein organisiert das ganze Unheil. Und so kommt zusammen, was zusammengehören will: die sunnitische Zivilbevölkerung mit den Haudegen und Mördern, die mit Religion nichts zu tun haben. Mao hätte dazu gesagt: Es ist eine antagonistische Kooperation.“

„Der Konflikt lässt sich nur beenden, indem man Syrien föderalisiert. Zur Stabilisierung von Staaten gehört auch der Minderheitenschutz und der lässt sich institutionell in diesen Staaten nur durch föderale Strukturen erreichen. Denn Politik beinhaltet auch: Wer bekommt was, wann und wie! Dieser Kompromiss ist aber nicht allein durch Mehrheiten zu erreichen, sondern durch föderale Strukturen. Wenn also Irak und Syrien und andere Staaten nicht föderalisiert werden, ist der nächste Konflikt und damit die nächste Migrationswelle vorprogrammiert.“

„Außerhalb Europas, aber auch in Teilen innerhalb, wie im Baskenland, Schottland etc. muss der Föderalismus friedensstiftend vorangetrieben werden.“

11. Kölner Arbeitgebertag



Hauptsponsor



Unterstützer



Dank für die Unterstützung



AOK Rheinland/Hamburg
Die Gesundheitskasse.



An-Institut





ARBEITGEBER KÖLN

Herwarthstraße 18–20, 50672 Köln

Telefon: 0221 . 579 04-19

Telefax: 0221 . 579 04-33

www.arbeitgeber-koeln.de

kölnmetall | Arbeitgeberverband der
Metall- und Elektroindustrie Köln e. V.

Telefon: 0221 . 579 04-0

Arbeitgeberverband Chemie Rheinland e.V.

Telefon: 0221 . 92 13 09-0

Arbeitgeberverband der Papier, Pappe
und Kunststoffe verarbeitenden Industrie Köln e.V.

Telefon: 0221 . 579 04-0

WIGADI RHEINLAND Köln - Aachen - Bonn e. V.

Telefon: 0221 . 99 77-110

Kreishandwerkerschaft Köln

Telefon: 0221 . 207 04-0

Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen e.V.

Telefon: 0221 . 257 01 51

Arbeitgeberverband der
Zuckerindustrie Nordrhein-Westfalens e.V.

Telefon: 0221 . 579 04-0

Arbeitgeberverband Bonn und Rhein-Sieg-Kreis e.V.

Telefon: 0228 . 20 18 20

Arbeitgeberverband der Metall- und
Elektroindustrie Rhein-Wupper e.V.

Telefon: 02171 . 73 92-0

Unternehmerschaft Rhein-Wupper e.V.

Telefon: 02171 . 73 92-0

Kölner Zentrum für Arbeitsmedizin e.V.

Telefon: 02 21 . 473 20-0